Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Montags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 5,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin besteht man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Fernsprecher: Schriftleitung: Amt Lützow 3294 / Geschäftsstelle: Amt Lützow 3248

Postscheckkonto: Berlin 25483.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigenannahmestellen zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile und von Mark 1,50 für die vierzegespaltene Markenlinsezeile entgegen. Zuwendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unverlangte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 73. [56. Jahrgang.] Donnerstag den 15. März 1917. Erste Ausgabe. [56. Jahrgang.] Nr. 73.

Berlin, den 14. März.

Der Krieg.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 13. März. Amtlicher Bericht vom 13. März.

Mazedonische Front: Am Westufer des Prespasees drangen mehrere feindliche Kompagnien vor. Sie wurden aber unter großen Verlusten für sie zurückgeschlagen. In der Nacht wurden in der gleichen Gegend noch zwei feindliche Angriffe blutig abgewiesen. Unsere Stellungen westlich und nördlich von Bitolia standen unter sehr heftigem Artilleriefeuer. Im Cernabogen lebhafte Artillerietätigkeit. An der übrigen Front spärliches Geschützfeuer und Gewehrfeuer zwischen vorgeschobenen Abteilungen. An der gesamten Front beiderseits lebhafte Tätigkeit in der Luft. Bei Miletkowo wurde ein englisches Flugzeug im Luftkampf heruntergeholt.

Rumänische Front: Oestlich von Tulcea spärliches Artilleriefeuer auf beiden Seiten. In der Nähe des Sereth schlugen unsere Truppen eine starke feindliche Erkundungsabteilung zurück.

Schwarzmeerfront: Zwei russische Schiffe beschossen ergebnislos die bulgarische Küste bei Durankulak.

Der uneingeschränkte U-Bootkrieg.

Die Versenkung des „Storstad".

London, 13. März. (Reutermeldung.) „Lloyds Weekly News" meldet aus Cork: Das belgische Hilfsschiff „Storstad", ein norwegisches Fahrzeug, ist von einem deutschen Unterseeboot bei hellem Tage ohne Warnung versenkt worden. Der Kapitän erklärte, daß die Deutschen die Hilfsabzeichen auf den Seiten des Schiffes deutlich sehen konnten. Er habe den deutschen Befehlshaber gebeten, die Boote zu schleppen, doch habe dieser keine Antwort gegeben, sei weggefahren und habe zu feuern begonnen. Einige Geschosse seien in gefahrdrohende Nähe der Boote gefallen. Zwei Boote mit etwa 30 Mann werden vermißt. Die „Storstad" ist das Schiff, das am 20. Mai 1914 den Dampfer „Empreß of Ireland" bei einem Zusammenstoß in Grund bohrte.

(Anmerkung der Redaktion. Allem Anschein nach erfolgte die Versenkung im Sperrgebiet, dann aber war es kein ungewanntes Versenken, da vor dem Befahren des Sperrgebiets grundsätzlich gewarnt ist und Schiffe, die das Sperrgebiet befahren, dies auf eigene Gefahr für Schiff und Besatzung tun.)

Die Türkei im Kriege.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 13. März. Türkischer Heeresbericht vom 13. März.

An der Tigrisfront zogen sich unsere Truppen nach einem Kampfe südlich von Bagdad am 10. März zurück und nahmen zwischen Bagdad und Samara eine neue Stellung ein.

An der Kaukasusfront wurden starke russische Erkundungsabteilungen überall abgewiesen.

An den anderen Fronten kein Ereignis von Bedeutung.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Der Fall Bagdads.

Amsterdam, 13. März. „Nieuws van den Dag" schreibt: Es war zu erwarten, daß die englische und französische Presse die Bedeutung des Falls von Bagdad übertreiben würde, aber daß sie so weit gehen würde, wie sie es jetzt tut, hätte doch niemand gedacht. Die Franzosen und Engländer haben in Europa noch keine feindliche Hauptstadt besetzt und die Städte, die sie bisher außerhalb Europas eroberten, waren immer so gelegen, daß sie keine Verbindung mit Deutschland hatten, und ihr Fall nur eine Frage der Zeit war.

Der Krieg mit Italien.

Italienische Uebertreibung.

Wien, 13. März. Gegenüber Meldungen der Agenzia Stefani, nach denen italienische Seeflugzeuggeschwader Muggia mit sichtlichem Erfolg bombardiert hätten, wobei besonders in der Werft von San Rocco eine ausgedehnte Feuersbrunst beobachtet wurde, erfährt das Wiener K. K. Telegraphen-Korrespondenzbureau, daß ein feindlicher Fliegerangriff auf die istrische Küste im Heeresbericht vom 11. März gemeldet worden ist. Durch die Bombenabwürfe entstand nur unbedeutender Sachschaden.

Besuch des Reichskanzlers in Wien.

Wien, 13. März. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg trifft Ende dieser Woche zu einem zweitägigen Aufenthalte hier ein, um dem Kaiser seine Aufwartung zu machen und den Antrittsbesuch des Ministers des Aeußeren Grafen von Czernin zu erwidern.

Die holländische Schiffahrt.

Amsterdam, 13. März. Dem „Algemeen Handelsblad" wird aus Rotterdam gemeldet, daß noch immer zahlreiche mit Getreide beladene holländische Schiffe im Hafen von Falmouth liegen, ohne daß man weiß, wann sie ihre Reise nach Holland fortsetzen können. In Rotterdam verlautet, daß die niederländischen Schiffe wegen der im Hafen von Falmouth herrschenden Ueberfüllung den Befehl erhalten haben, nach Truro, einem kleinen Hafen in Cornwall, zu fahren.

Aus Polen.

Warschau, 12. März. Generalgouverneur von Beseler empfing gestern nachmittag den Besuch der Erzbischöfe Dr. Dalbor-Gnesen und Dr. Kakowski-Warschau, denen er bei diesem Anlaß seine Glückwünsche zum hundertjährigen Bestehen des Erzbistums Warschau aussprach.

Warschau, 12. März. In der letzten Sitzung der beiden Unterausschüsse des Staatsrates für Landtag und Verfassung wurde Fürst Lubomirski zum Vorsitzenden des Verfassungsausschusses ernannt. Es fand eine Aussprache über die staatsrechtlichen Grundsätze statt. Man entschied sich einhellig für das Zweikammersystem, war gegen bezüglich der Frage, ob die Mitglieder des Oberhauses vornehmlich durch Wahl oder Ernennung bestimmt werden sollten, verschiedene Ansichten herrschten.

Zur Kriegslage.

Großes Hauptquartier, den 14. März 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Armentières wurden englische Abteilungen durch Feuer verjagt.

Im Ancregebiet griffen die Engländer nachmittags ohne Artillerievorbereitung zwischen Achiet le Petit und Grevillers, nachts nach starkem Feuer beiderseits von Bucquoy an; sie wurden verlustreich abgewiesen und ließen 50 Gefangene in unserer Hand.

In der Champagne dauerten die Kämpfe südlich von Ripont mit wechselndem Erfolg an.

Auf dem Ostufer der Maas scheiterten Vorstöße der Franzosen bei St. Mihiel; einer unserer Flußposten wurde zurückgedrückt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Lebhafte Vorfeldtätigkeit an mehreren Stellen zwischen Ostsee und Dnjestr.

An der Narajowka stürmten unsere Stoßtrupps Teile der russischen Stellung, zerstörten ausgedehnte Minenanlagen und kehrten mit 2 Offizieren und 256 Mann als Gefangenen, mehreren Maschinengewehren und Minenwerfern als Beute zurück.

Bahnhof Radziwillow, nordöstlich von Brody, wurde ausgiebig mit Bomben beworfen.

Von der

Front des Generaloberſten Erzherzogs Joseph

und der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

ist nichts Besonderes gemeldet.

Mazedonische Front.

Mehrere französische Vorstöße zwischen Ochrida- und Prespasee blieben ergebnislos; auch starke feindliche Angriffe nordwestlich und nördlich von Monastir schlugen fehl. An beiden Stellen erlitten die Gegner erhebliche Verluste.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Englands Schuld an Rumänien.

In der Unterhaussitzung vom 5. März setzte der Ire Dillon seine Angriffe auf die englische Balkanpolitik fort. Er erklärte — nach der „Times" vom 6. März:

Ist es nicht eine Tatsache, daß England an Rumänien Versprechungen gemacht hat, auf die hin Rumänien in den Krieg eingetreten ist, und die wir nicht imstande waren, zu halten? Ist es nicht eine Tatsache, daß General Sarrail — schon Monate, bevor Rumänien in den Krieg eintrat — der englischen und der französischen Regierung mitgeteilt hat, daß er nicht in der Lage sei, eine Offensive in Mazedonien zu beginnen, infolge des Mangels, den man seine Expedition in Salonik leiden lasse? Ferner sei ihm — Dillon — mitgeteilt worden, daß die Generale, die die russischen Armeen an der rumänischen Grenze führten, der russischen und der englischen Regierung erklärt haben, es wäre ein Fehler, wenn Rumänien am Krieg teilnehmen würde, weil man ihm keine ausreichende Hilfe leisten könnte.

Dillon weist darauf auf den — in deutschen Zeitungen veröffentlichten — Brief Lord Hardinges an Botschafter Buchanan hin. Er erklärt, wenn der Brief echt ist, müsse Hardinge das Auswärtige Amt verlassen. Dillon verliest den Brief im Wortlaut und protestiert dann gegen die englische Zensur, die alle wahrheitsgetreuen Preßäußerungen über die Lage in Rumänien unterdrückt habe, während Oberst Repington die „Times", „Daily Mail" und „Morning Post" das Publikum durch optimistische Schilderungen täuschen dürften. Nach seinen Informationen ist auch die Behauptung der „Times" falsch, daß die Lage in Griechenland jetzt geklärt sei. Sie ist vielmehr, wie sie war: voll von Gefahren. Er habe ein Telegramm von Venizelos erhalten, in dem dieser das englische Volk bittet, seine Augen für die schreckliche Situation in Griechenland zu öffnen. Die Griechen, die sich Venizelos angeschlossen haben, seien der Gnade der von Deutschland bezahlten Kamarilla preisgegeben.

Unterstaatssekretär Macpherson erwiderte Dillon, daß das Schreiben Lord Hardinges ein Privatbrief war. Der Brief sei in England noch nicht veröffentlicht worden, und er frage Dillon, ob Lord Hardinge ihm die Erlaubnis erteilt habe, den Brief zu verlesen.

Die ernste Lage der englischen Kriegsfinanzen.

Die „Nation" vom 17. Februar führt aus: Leider ist dem Parlament eine Kontrolle der Ausgaben, die seine Aufgabe wäre, nach der Lage der Dinge ganz unmöglich gemacht worden, und doch wäre es dringend nötig, daß die öffentliche Meinung wach bliebe, um zu verhindern, daß ein zügelloser Militarismus uns an den Rand des Ruins führt, ehe der Krieg zu einem sicheren Ende gebracht ist. Bonar Laws eigene Darlegungen bei Einbringung des letzten Kredits von 550 Millionen zeigen, daß die täglichen Kriegsausgaben — jetzt 5 796 000 Pfund — dauernd weiter steigen. Diese steigende Tendenz muß selbst dann anhalten, wenn die Vorschüsse an Kolonien und Verbandsgenossen weiter abnehmen, da die Ausgaben für Munition und Nahrungsmittel bei immer höheren Preisen wahrscheinlich schneller als je wachsen werden. Man kann tatsächlich die geradezu sorglose Art der Behandlung des Finanzproblems nur aus der Ueberzeugung heraus verstehen und verzeihen, daß notwendig das Kriegsende innerhalb der nächsten Monate kommen muß. Denn wenn man auch bisher so gehandelt hat, als ob es keine Grenze gebe, so muß doch eine solche Grenze da sein, die, was zu unseren Gunsten ist, Deutschland eher erreichen muß als wir.

Selbst wenn wir annehmen, daß der Krieg diesen Sommer nicht überdauert, wird unsere Lage äußerst ernst sein. Nach Erschöpfung des neuen Kredits — Ende Mai — wird die Kriegsausgabe sich auf 4182 Millionen- und die Staatsschuld auf 4200 Millionen Pfund belaufen. Dabei wird das Kriegsende keinesfalls eine sofortige Verringerung der Ausgaben bringen, ein halbes Jahr lang wenigstens nicht. Deshalb müssen wir mit einer schließlichen Gesamtverschuldung von 600 Millionen rechnen, und selbst wenn wir davon 1000 Millionen als Vorschüsse an unsere Verbandsgenossen abstreichen dürfen, müssen wir mit einer Zinsenlast von 250 Millionen rechnen; das kommt je 50 Millionen für Schuldentilgung und für Pensionen. Rechnet man Heeres- und Marineausgaben in dem unzweifelhaft zeitweise nötigen größeren Umfange als in der Zeit vor dem Kriege hinzu, so ergibt sich die Notwendigkeit, jährlich nicht weniger als 600 Millionen Pfund an Staatseinnahmen aufzubringen, das heißt beträchtlich mehr als dies Jahr (Voranschlag war 502 Millionen, der aber sicher erheblich überschritten wird) mit Hilfe der Kriegsgewinnsteuer (Voranschlag 86, Ergebnis wahrscheinlich 130 Millionen), die es dann nicht mehr geben wird. Auch das ohnehin mit vielen Schwierigkeiten stimmende Wirtschaftsleben wird durch solche Belastung geradezu lähmend wirken, woran auch die Tatsache nichts ändern wird, daß ein großer Teil der Staatsschuldzinsen in die Hände der besonders getroffenen Steuerzahler gelangt.

An diesen düsteren Aussichten kann auch der glänzendste Erfolg der amtlich sogenannten „Siegesanleihe" nichts ändern. Soll dieser Ausdruck besagen, daß diese Anleihe uns bis aus Ende hilft, so ist das sicherlich unzutreffend. Mag auch die „Times" pessimistisch übertreiben, wenn sie meint, 560 Millionen neues Geld aus der Anleihe brauchten wir, um den Fehlbetrag des laufenden Rechnungsjahres zu decken, so ist es doch klar, daß, wie groß auch der verfügbare Betrag sein mag, er zur Bezahlung der Kriegskosten selbst dann nicht ausreicht, wenn der Krieg in diesem Sommer sein Ende findet.

Lebensmittelpolitik der französischen Regierung.

In der Kammersitzung vom 7. März unterzog — nach dem Bericht des „Homme enchaîné" vom 8. März — der Abgeordnete Maurice Long die Lebensmittelpolitik der französischen Regierung einer scharfen Kritik.

Die Regierung habe eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, die aber fast alle zu spät durchgeführt worden seien. „Einkaufen und Einführen", das sei die Politik der wirtschaftlichen Faulheit gewesen, die man befolgt habe. Von Ersparnissen, von Einschränkungen, von einer Förderung der Produktion sei zunächst nicht die Rede gewesen. Die Schätzung der Ernte für das nächste Jahr ergebe ein beträchtliches Defizit; es sei keineswegs pessimistisch, wenn man dieses Defizit auf 35—40 Millionen Zentner für Frankreich, auf 20 Millionen Zentner für England, auf 25 Millionen Zentner für Italien berechne. Selbst wenn man mit einer sehr guten Ernte in den Vereinigten Staaten, in Australien und Argentinien rechne, so würde die Ausfuhr von dort jedenfalls 100 Millionen Zentner nicht überſteigen, sodaß noch immer ein Fehlbetrag von 70 Millionen Zentnern übrig bleibe. „Die Wahrheit ist" — so fährt der Redner fort — „daß wir, wenn wir uns nicht die unbedingt notwendigen Einschränkungen auferlegen, im Frühjahr 1918 kein Getreide mehr haben werden. Das würde eine allgemeine Krise für die ganze Welt bedeuten. Man hat dies schon vor der Marneschlacht gesagt: aber was hat man dagegen getan? Die Antwort darauf ist leider kurz und klar: bis in die letzte Minute nichts! Ich entschuldige in einem gewissen Maße das, was man zu Kriegsanfang getan hat, als man alles an die Front warf. Aber wer hat, nach der Marneschlacht, als man Deutschland sich zusammenraffen sah, die Formel geprägt, daß der Feind am Verbungern sei und daß es Frankreich niemals an etwas fehlen könne? Wer hat die Presse, wenn sie versuchte, die Wahrheit zu sagen, durch die Zensur daran gehindert? Noch immer werden in Paris Luxusrestaurants verlassen, die aus feinstem Weizenmehl hergestellt sind. Und wie sollte es anders sein! Seit meiner ersten Interpellation hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der Prämien für den Feldbau einführt. Aber dies ist kein wirkliches Hilfsmittel: denn der Eigentümer wird seine Prämie einstecken und fortfahren, das Getreide an das Vieh zu verfüttern. Das Prämiensystem kann unsere Landwirtschaft nicht retten; es hat niemals ein wirkliches Ergebnis gehabt. Was die Feldfrüchte betrifft, so haben wir so wenig für die jetzige wie für die nächste Ernte eine wirkliche Lösung. Man darf nicht allzusehr auf die Frühjahrsbestellung rechnen: denn man würde für sie einen gründlich vorbereiteten Boden, Düngemittel und Arbeitskräfte brauchen. Um diese letzteren zu gewinnen, ist die Einführung der Zivildienstpflicht unvermeidlich. Lloyd George hat in England eine Politik des Mutes und der Wahrheit eröffnet, während man in Frankreich fortfährt, uns wie Kinder zu behandeln. Der große Fehler besteht darin, daß man versucht hat, uns den Krieg angenehm und populär zu machen. Das ist ein wirtschaftlicher Irrtum, der uns teure zu stehen gekommen ist, und zugleich ein moralischer und politischer Irrtum. Wenn man will, daß ein Land die äußersten Opfer auf sich nimmt, muß man es den Krieg in seiner ganzen Härte fühlen lassen."

Das Versorgungsproblem in Italien.

Eine Besprechung der Kammerverhandlungen über Versorgung und Verkaufsbeschränkung, in der betont wird, daß es für ein Urteil noch an dem rechten Einblick in die Einzelheiten der Regierungshandlungen fehle, schließt Cam im „Economista d'Italia" vom 6. März mit den Worten:

Hoffentlich klären die noch ausstehenden Erklärungen des Ministers nach allen Richtungen die Situation, zerstreuen übertriebene Besorgnisse und geben für die Zukunft Vertrauen. Wir wiederholen, es handelt sich um sehr schwierige Fragen, deren Lösung einen erleuchteten und klugen Geist, praktische Erfahrung in den Erscheinungen des Handels in Krisenzeiten und eine tiefe Kenntnis des seelischen Zustandes des Volkes und seiner Empfänglichkeit für Eindrücke erfordert. Besonders ist Ruhe, Abgeklärtheit, richtiges Abwägen und Nerven- und Geisteskraft der leitenden Personen nötig, wenn man Sieger über die schwierigen Verhältnisse werden will. Nötig ist aber auch, wie wir uns gestatten hinzuzufügen, daß auch in internationaler Hinsicht die Leiter die Bewegungsfreiheit haben, die nötig ist, um jede Maßregel den besonderen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes anzupassen.

Die russische Nahrungsmittelnot.

Zu der gegenwärtigen Nahrungsmittelnot in Rußland, die zu den bekannten Unruhen in Petersburg geführt hat, ist es besonders interessant, einen Bericht des russischen Städteverbandes kennen zu lernen, der in der „Rußkoje Slowo" vom 25. Februar abgedruckt ist und der sich mit der Frage der gegenwärtigen Lage des Nahrungsproblems beschäftigt. Der Bericht soll an den Vorsitzenden des Verteidigungsrates des Reiches gehen, offenbar mit der Bitte, daß die russische Heeresverwaltung jetzt die Versorgung der russischen Städte in die Hand nimmt, da sonst deren Lage verzweifelt ist. Dieser letztere Antrag ist in der Zeitung nur mit ein paar Punkten angedeutet.

Aus dem Bericht des Städteverbandes geht erstens hervor, daß, wenn nicht die Heeresverwaltung in dem Besitz von früheren Vorräten wäre, die gegenwärtig aufgebrachten Kontingente nicht entfernt für die laufenden Bedürfnisse des Heeres ausreichen würden. Was die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung anbelangt, so wird offen ausgesprochen, daß die bestehende Organisation „nicht imstande ist, in hinreichendem Maße die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen". Das Umlageverfahren hat mit einem „vollkommenen Krach" geendet. Für November und Dezember haben die Städte entweder nichts erhalten oder im besten Fall $^1/_{10}$ des Bedarfes. Das Endergebnis war, daß in allen Städten und zwar sowohl in denjenigen, die sich in getreidebesonders Gouvernements befinden, wie in den übrigen, in dem letzten Monat alle Vorräte aufgebraucht worden sind. Die Transportkrise, die zur Ursache das Fehlen von Kohlen und das Verderben der Lokomotiven hatte, kam hinzu. Man versuchte zwar durch Aufhebung des Personenverkehrs die Kohlenkrisis zu lindern. Auf die Lieferung von Nahrungsmitteln hatte jedoch diese Operation keinen Einfluß. In dem Bericht heißt es mit Bezug darauf wörtlich: „Die Lieferung der Nahrungsmittel und die Bedingungen der Ernährung der Bevölkerung werden mit jedem Tage schlechter, und die außerordentlich traurigen Perspektiven der Ernährung können mit den Worten charakterisiert werden, im Februar wird es kein Brot mehr geben."

Das bekannte Umlageverfahren des Landwirtschaftsministers, in dem bestimmte Quantitäten von Nahrungsmitteln auf die einzelnen Gouvernements zwangsweise umgelegt worden, hatte einen vollen Mißerfolg. Ein Teil der Gouvernements hat das Umlageverfahren vollkommen abgelehnt, ein Teil hat sich für außerstande erklärt, daß ihm auferlegte Kontingent zu liefern, einzelne Gouvernements haben zwar theoretisch die Umlage ausgeführt, aber von vornherein gewußt, daß sie niemals ausgeführt werden könnten, und dies ist in einem erschreckenden Umfange der Fall gewesen. So erwartet man z. B. im Gouvernement Jekaterinoslaw (bekanntlich einer der Mittelpunkte des russischen Getreidegebietes) an Stelle von 27 Millionen Pud die Lieferung von nur 2 Millionen. Das Zusammenbrechen des Umlageverfahrens wird, so heißt es in der Schrift weiter, das Landwirtschaftsministerium dazu zwingen, zum kriegsmäßigen Requisitionsverfahren überzugehen. Im Gouvernement Simbirsk hat man bereits telegraphisch ein derartiges Verfahren angeordnet. Das wird aber nach der Ansicht des Städteverbandes zu einem vollkommenen Zusammenbruch der russischen Volkswirtschaft führen.

Des weiteren werden in dem Bericht kritische Ausführungen über die Unmöglichkeit des bisherigen Verfahrens der Ernährung der russischen Städte gegeben. Es wird betont, daß man in weiten Schichten der Bevölkerung jetzt alle Hoffnung wieder auf eine Rückkehr des freien Handels setze; daß diese Ideen aber ein Produkt der Verzweiflung seien, weil die Anforderungen dieses grandiosen Krieges so kolossal sind, daß ein freier Warenumtausch absolut nicht imstande ist, die Bedürfnisse eines kriegführenden Reiches zu befriedigen. Es wird deshalb vorgeschlagen, daß das Reich sowohl die Versorgung der Bevölkerung wie der Armee übernimmt und durch Einführung des Kartensystems, Normierung aller Preise auch derjenigen Gegenstände, die der Landwirt kaufen muß, und Einführung gewisser örtlicher Behörden, eine Gewähr für die Zustellung der Lebensmittel übernehmen wird.

Charakteristisch ist die Rede des russischen Landwirtschaftsministers, die er im Anschluß an diesen Bericht gehalten hat, und die mit den Worten schloß: „Die Lage ist in der Tat ernst, aber das Ressort ergreift die energischsten Maßregeln, um alle auftauchenden Schwierigkeiten zu entfernen."

Welche Maßregeln der Minister ergriffen hat oder ergreifen will, verrät er allerdings nicht. Es ist nicht anzunehmen, daß irgendwelche Restlationsmittel imstande sind, in Rußland Getreide hervorzuzaubern, um in der Tat keins mehr vorhanden ist. Wenn also nicht die für die Armee bestimmten Vorräte im weitesten Maße angegriffen und den Städten zugeführt werden, so werden wir eine weitere Zuspitzung der russischen Nahrungsmittelnöte in den kommenden Monaten erwarten dürfen. Dazu wird erschwerend noch die außerordentlich heftige Kohlenkrise und die Transportschwierigkeit kommen, die zum Teil jetzt schon im Charkowschen Gouvernement und den anderen Orten zu einem zeitweisen Stillstand der Industriebetriebe geführt haben. Je mehr unser U-Bootkrieg auch die Versorgung Rußlands mit englischen Kohlen über Archangelsk unmöglich macht, umsomehr werden sich auch diese Nöte steigern.

Die Stimmung in Rußland.

Im Zusammenhang mit der durch Reuter am 11. März verbreiteten Proklamation des Oberkommandierenden des Petersburger Militärbezirks Generals Chabalow ist ein Bericht der „Birschewija Wedomosti" vom 27. Februar, der